

## Haushaltsrede zum Haushalt 2021 der WAL

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrter Herr Bürgermeister,

liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,

werte Anwesende Zuhörinnen und Zuhörer,

liebe Langenhagenerinnen und Langenhagener,

am 22.11.20 titelte die Zeitschrift „Die Welt“ einen Beitrag mit folgender Überschrift: „Kaum vermittelbar, wenn man jetzt die Rundfunkbeiträge erhöht“.

Was war passiert? Wir erinnern uns, am Widerstand der CDU Sachsen – Anhalt war die Erhöhung der Rundfunkbeiträge in Höhe von 86 Cent gescheitert.

Tom Buhrow, Joachim Knuth und viele weitere Intendanten sprachen vom Niedergang des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, von harten und unzähligen Einschnitten in der Programmviefalt. Und nun 5 Monate später, frage ich Sie heute: „Merken Sie, merken wir irgendwas davon?“

Ich sage Ihnen Nein. Diese Nichterhöhung hat zu keinen harten Einschnitten geführt. Es hat aber zu einer Diskussion geführt, die folgendes festhielt:

Zitat:

„Während die privaten Medien fusionieren, synergetischer werden, Kosten sparen, und bitteren Personalabbau vornehmen müssen, eröffnen die öffentlich – rechtlichen Medien einen Outlet nach dem anderen.“

Der Wasserkopf der ARD z.B. ist nicht mehr zeitgemäß, ebenso wenig wie die vielen Studios und Funkhäuser. Auch ist es nicht mehr zeitgemäß, wie Studiogäste zu den Talkshows chauffiert werden.

Kurzum, während viele Redaktionen schmerzhaft Einschnitte vornehmen müssen, schaufeln andere Gebührenmilliarden, auch von unzufriedenen Nicht-Nutzern, in unzählige überflüssige Gremien, Bürokratien und Doppelstrukturen, die zwar erhebliches Sparpotential erkennen lassen aber trotzdem weiter vollgepumpt werden. Es ist ja nicht ihr Geld“.

Warum ich Ihnen das erzähle? Nun, Ich hoffe, dass Ihnen, uns allen, parallelen zu unserem Haushalt auffallen.

Auch bei uns sind unzählige Kostenträger wahrlich einfach aufgepumpt oder werden gar nicht durchforstet, weil es anscheinend dem oder den Verantwortlichen egal ist und Sie auch keine Anstalten machen, diesen Haushalt zu sanieren. Nein, Herr Dr. Köhler, man kann nicht alles auf die Krise schieben, das riesige Problem unserer Wahnsinnsverschuldung, war schon vorher da.

Erneut werden vom Bürgermeister 31,75 neue Stellen veranschlagt, die nur dank der noch vielen offenen Stellen vom letzten Jahr, Sie erinnern sich vielleicht an den Finanzbericht der Abteilung Haushalt, wo es hieß: Zudem weist der Stellenplan 2020 eine Erhöhung von 60 Stellen aus. Eine Besetzung bleibt jedoch abzuwarten.

Nur dank dieser Tatsache bleibt es, gemäß Vorbericht zum Haushalt 2021 auf Seite 26, bei nur noch 18,00 offenen Stellen, da der dargestellte Mehrbedarf sich im Stellenplan aufgrund der kritischen Betrachtung in den vergangenen Jahren nicht besetzter Stellen, vieles auffängt.

Aber trotzdem wird seitens des Bürgermeisters erneut versucht über die Ortsräte seinem persönlichen Referenten erneut die A 14 Stelle zukommen zu lassen. Eigentlich ist das an Dreistigkeit schon nicht mehr zu überbieten.

Ja dieser Rat hat dem Bürgermeister auch einige zusätzliche Aufgaben wie Eigenreinigung oder Zentralküche ins Aufgabenheft geschrieben, die es natürlich im Haushalt zur Entlastung des Bürgermeisters zu berücksichtigen gilt.

Allerdings muss man sich dann ernsthaft fragen, ob der Mehrbedarf an z.B. 2 A 10 Stellen für bauordnungsbehördliche Umsetzungen (Stichwort u.a. Schottergärten) oder 2 Ingenieursstellen für Planung und Umsetzung Grünflächen, Standortplanung und Umsetzung im Bereich Stadtgrün und Friedhof wirklich Bedarf oder ob es einfach nur daran liegt, dass durch den Bürgermeister eben die notwendige Schaffung und Herstellung von klaren Strukturen mit klaren Aufgabenbereichen mangelt.

Und wem dies noch nicht reicht, dem rufe ich gerne die Genehmigung der Region Hannover zu unserem 1. Nachtragshaushalt vom 18.02.21 ins Gedächtnis, in der es für unseren Haushalt wie folgt heißt:

„Wie bereits in meiner Haushaltsverfügung vom 02.04.20 verdeutlicht, sehe ich den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen sehr kritisch. Nach § 119 Abs. 1 NKomVG dürfen Verpflichtungen zur Leistung von Auszahlungen für Investitionen und für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren nur eingegangen werden, wenn der Haushaltsplan dazu ermächtigt.

Nach Absatz 2.2 Halbsatz sind Verpflichtungsermächtigungen aber nur zulässig, wenn die Finanzierung der aus Ihrer Inanspruchnahme entstehende Auszahlungen in den künftigen Haushalten gesichert erscheint“.

Und wem das noch nicht reicht, den verweise ich darauf, was Bündnis 90/ Die Grünen, Die Unabhängigen, die BBL, die FDP und die WAL schon seit Jahren bemängeln, nämlich das Verpflichtungsermächtigungen für Baumaßnahmen erst veranschlagt werden dürfen, wenn Pläne, Berechnungen und Erläuterungen vorliegen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Auszahlungen für die Baumaßnahme, der Grunderwerb und die Einrichtung sowie die voraussichtliche Jahresbedarf unter Angabe der finanziellen Beteiligung Dritter und ein Bauzeitplan im Einzelnen ersichtlich ist. Daher war es richtig, dass der Rat hier die Sonderprüfung Hermann-Löns-Schule angestoßen hat. Nur muss dieser Rat dann auch die richtigen Konsequenzen daraus ziehen und sich nicht ständig, sprichwörtlich an der Nase herumführen lassen.

Ich persönlich zweifele ganz stark daran, dass wir mit der Veranstaltungssporthalle auch ein so teures Graffiti beschlossen haben. Und falls wir das doch beschlossen haben sollten, dann zweifele ich zumindest daran, dass wir beschlossen haben, dass auch noch ein Video erstellt wird, um sich selbst zu profilieren.

Oder gehören solche Punkte jetzt auch schon zu den Baukosten etc? Ich habe im Ortsrecht 10/24 dazu nichts gefunden. Allerdings ist es anscheinend nur eine Frage der Beschreibung und ich habe das nur nicht verstanden.

Oder vielleicht hilft es uns als Rat für die Entscheidung zum Haushalt ja, wenn Ich auf die nichtöffentliche Veranstaltung zu möglichen Einsparungen im Haushalt und dem notwendigen Haushaltssicherungskonzept verweise. Erinnern wir uns? Erinnern wir uns, was uns da alles vorgeschlagen wurde? Erinnern wir uns, dass der Bürgermeister, natürlich nur Entscheidungsunterstützend, seine genehmen Einsparungen hilfreich für uns den Rat farblich mit Grün, Gelb und Rot markiert hatte.

Und genau in diesem Zusammenhang verweise ich dann gerne auf meine Ratsanfrage 2020/569. Dort ging es um die Planungen und Auflistungen aller Zahlungen an die Verlagsgesellschaft Madsack GmbH und CO KG.

Ich möchte es nicht zu unübersichtlich machen aber hier handelt es sich um ein schönes Beispiel wie und wo in unserem Haushalt Einsparpotential steckt, es uns gegenüber als Rat aber extrem schwer gemacht wird.

Beispiel:           2019 OE 11 geplanter Ansatz 60.000, Realverbrauch 7.200  
                          2020 OE 11 geplanter Ansatz 180.000, Real 59.000  
                          2021 OE 11 geplanter Ansatz 180.000 erst 2022 hat man sich dann auf 120.000 festgelegt. Aber wer genau hingeschaut hat, stellt fest, dass dort erst 160.000 standen.

Ja lieber Dominique, wir müssen ein Budget zur Verfügung stellen, aber dann muss dieses Budget auch angemessen bzw. nicht ständig übertrieben sein. Die eben genannten Zahlen zeigen dies doch eindeutig. Hier hält man sich eine stille Reserve, die dann für was anderes ausgegeben wird.

Warum wurde uns aus diesem Bereich dies nicht in den nichtöffentlichen Gremien als mögliche Einsparung vorgeschlagen?

Woran liegt es also, dass es nicht läuft? Was ist der Grund warum sich nichts oder nur rudimentär etwas ändert? Warum schieben wir seit Jahren einen Schattenhaushalt von ca. 50 Millionen Euro vor uns her?

Guckt man kritisch, dann muss man sich ernsthaft Fragen, ob wir als Rat immer unsere Möglichkeiten der Einschränkungen im Rahmen des Haushaltsrechts richtig genutzt oder unsere Werkzeuge richtig angewendet haben. Oder ob wir zum Teil nicht auch selbst schuld sind, in dem wir der Verwaltung zusätzliche freiwillige Lasten aufbürden, weil sich die Politik nicht traut auch mal Nein zu sagen?

Ja hier müssen wir uns deutlich vorwerfen lassen, dass wir als Rat nicht auch mal mit einer, ich betone einer Stimme sprechen. Wir lassen unsere Möglichkeiten verstreichen.

Wir nutzen unsere Möglichkeiten nicht, kochen Partei einzeln unsere Süppchen, anstatt an das Wohl und Weh unserer Stadt zu denken und gehen sogar soweit, dass manche Parteien (SPD) zu Haushaltsrunden nur die einladen, die auch im nächsten Rat nach der Wahl wieder vertreten sind. Hier zeigt sich wie weit sich manch einer (SPD) erhebt und warum das gemeinsame und verbindende für die Zukunft unserer Stadt und im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger nicht genutzt wird.

Seit nunmehr einem Jahr schreibt sich die Finanzabteilung aber auch unser Investitionscontrolling in den zu beschließenden Anträgen die Finger blutig, in dem Sie darauf hinweisen, dass keine Mitzeichnung erfolgt, da wir dies im Haushalt nicht mehr abdecken können bzw. keine weiteren freiwilligen Verpflichtungen mehr eingehen können.

Und was macht dieser Rat? Richtig, er beschließt zusätzliche Belastungen, als wenn es ganz normal wäre und er wird heute vermutlich die Krone abschießen, wenn er auch noch den neuen Rathauspalast beschließt, mit dem sich der Bürgermeister und der 1. Stadtrat und Stadtbaurat vielleicht, ein letztes Denkmal setzen.

Der Rat selbst also, kann sich bei diesem Haushalt also nicht zurücklehnen und so tun, als wenn ihn das alles nichts angeht und wir sollten hier sehr kritisch mit uns und unseren Entscheidungen sein. Das Ergebnis zum Rathaus kann eigentlich nur lauten, wir können es uns bei all den anstehenden Aufgaben nicht leisten.

Ich wer jetzt sagt, Quatsch dem lese ich nur folgende Zahlen vor:

IGS rund 92 Mio. IGS – Süd rund 91 Mio. Rathaus schön gerechnet rund 70 Mio, FFw Gerätehaus Kaltenweide Krähenwinkel ca. 11,4 Mio (mit Architektenwettbewerb? Warum kein Generalunternehmer, warum wieder ein Architektenpalast?, Umbau/Sanierung D-Trakt, Umzug Bibliothek 9,1 Mio, Kita Veilchenstrasse 8,31 Mio, Zentralküche 6,2 Mio, FFw Gerätehaus Godshorn 4,9 Mio, Grundschule Engelbostel 4,45 Mio, Haus 10 Sanierung ca. 4 Mio, Sporthalle Adolf-Reichwein-Schule 2,5 Mio, Kita Schulenburg 2,0 Mio, Grundschule Kaltenweide ACHTUNG nur das Dach 1,2 Mio, Sanierung Sporthalle LIGS 7,6 Mio, Aufstockung LIGS 3,6 Mio und LiGS Mensa rund 3,2 Mio wobei das ja nun auch noch Mehrkosten aufgrund der Nichtmachbarkeit verursacht.

Wir alle erinnern uns, dass wir als WAL und die BBL, als Beispiel, aber nach meiner Erinnerung auch die Gruppe Bündnis 90/ Die Grünen und Unabhängigen zum Thema Mensa obendrauf bauen, mehrfach darauf hingewiesen haben, dass es sich hier um Kernbohrungen bis ins tiefste Element handelt und dieser Eingriff nicht ohne ist. Tja und jetzt haben wir es schwarz auf weiss aber auch das belastet erneut den Haushalt mit Zusatzkosten.

Viel schlimmer ist aber ein ganz wesentlicher und eigentlich der wichtigste Faktor für das Wohl und Weh dieser Stadt und für unseren Haushalt.

Gucken wir doch mal in den Stellenplan zum Haushalt auf Seite 8 rein. Hier steht ganz oben der Bürgermeister und dem gehört der Geschäftsbereich 1. Dazu gehören Personal, Marketing und Kommunikation und neben einigen anderen Bereichen, der wichtigste Bereich, nämlich Finanzen und Controlling.

Man, ICH muss feststellen, dass genau dieser Bereich vom Bürgermeister nicht richtig ausgeübt wird. Sein Ziel sind schöne Bilder und ein Marketing nach Maß, dass die Wiederwahl sicherstellen soll.

Aber hat sich bisher eigentlich nie jemand gewundert, dass der Bürgermeister, gleichzeitig in seiner Funktion auch eine Art Kämmerer, niemals auch nur einmal in irgendeinem Beschluss, seinen Finanzbereich gestützt oder für diesen gefightet hat?

Ich habe alleine schon bei den anstehenden Kosten für das Klima aber auch viele andere wegweisende Beschlüsse dieses Rates für die Stadt, immer darauf gewartet, dass unser Bürgermeister mal aufsteht und die klaren und deutlichen Warnungen seiner Abteilung Finanzen stärkt und dafür streitet, dass die Kosten durch politische Forderungen nicht aus dem Ruder laufen.

Aber wie wir alle wissen, ich persönlich kann mich nicht daran erinnern, dass dies bisher jemals der Fall gewesen wäre. Sich wirklich mal kämpfend gegen die geplanten Kosten zu stellen, sich als Kämmerer und oberster Finanzverwalter zur Eindämmung der Kosten in einer Grundsatzrede des Bürgermeisters zu zeigen, all das durfte und hat dieser Rat noch nie erlebt. Mir persönlich tun die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich Finanzen und Controlling leid, wenn da der Bürgermeister mit seinen beiden Dezernenten sitzt und diese im Verwaltungsvorstand eben keine Lobby haben, weil der Bürgermeister seinen Job nicht macht.

Ja es braucht endlich mal diese klaren und deutlichen Worte. Dieser Rat darf die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht alleine lassen und muss deutlich aufzeigen, wo die Probleme sitzen.

Damit wäre ich eigentlich wieder beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der Apparat, dessen Wasserkopf aufgebläht, Bürokratie und Doppelstrukturen ohne Änderungswillen weiter mitgetragen werden.

Wenn wir dem Bereich Finanzen und Controlling wirklich eine schlagkräftige Stimme geben wollen, dann brauchen wir wieder einen Kämmerer, der sich auch mal gegen die Wünsche eines/seines Bürgermeisters stellt und deutlich macht, dass bestimmte Wünsche eben nicht umgesetzt werden können oder der in die Abteilungen reingeht und mit Durchsetzungskraft aufzeigt, dass die Abteilung diese Wünsche eben nicht erfüllt bekommt.

So bleibt Frau Schmidt aber auch Frau Nagel zwar immer die Möglichkeit zu mahnen aber wirkliche Kompetenzen, die von den einzelnen Abteilungen befolgt werden müssen, obliegen ihnen nicht wirklich und genau so geht man auch mit dem Haushalt um. Mahnen alleine reicht eben nicht, sondern der Verantwortliche muss sich eben seiner Aufgaben bewusst sein und sich diesem Sachverhalt stringent annehmen.

Bisher war ich immer verwundert, dass die CDU nicht schon lange endlich darauf gedrungen hat, dass ihr Bürgermeister die Initiative ergreift und sich kämpferisch gegen die unbezahlbaren Wünsche der Politik stellt und ich wiederhole es gerne noch einmal, seine Finanzabteilung stärkt und sich uneingeschränkt vor diese stellt.

Wenn man sich dann allerdings heute hier die Reden von der SPD anhört, als wenn alles kein wirkliches Problem wäre oder aber auch schon in der HAZ am 14.03.21 lesen konnte, dass dem neuen Fraktionsvorsitzenden der CDU die Zahlen im Haushaltsplan keine Angst machen, was ja heute auch hier nochmal deutlich in seiner Rede unterstrichen wurde, dann bleibt man angesichts der anstehenden Zahlen und der drohenden Zahlungsunfähigkeit ab 2025 oder 2026 kopfschüttelnd und fassungslos zurück. Und nein lieber Dominique Veltrup das ist kein Corona Glatteis, das ist schon vor Corona so gewesen.

Mit einer solchen Politik werden die Zeiten für die Haushalt immer schwerer. Wir haben es noch in der Hand. Stoppen wir den Wahnsinn Rathaus, auch wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dies vielleicht im ersten Moment als eine Enttäuschung erleben werden. Allerdings ändern sich die Zeiten, Hybrides Arbeiten ist die Zukunft. Mehr Home-Office, mehr Telearbeit, aber auch das mobile flexible Arbeiten werden den Schwerpunkt in der Zukunft bilden.

Wir als Rat aber auch der Bürgermeister muss endlich Prioritäten bilden. Wir müssen als Rat den Bürgerinnen auch offen und ehrlich sagen, was geht und was nicht geht, anstatt Ihnen vor zu gaukeln, dass wir uns dass alles leisten können.

Wir als WAL stehen zu den/unseren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, allerdings stehen wir auch für die Zukunft unserer Kinder. Für vernünftige Schulen, für optimal ausgestattete Kindergärten und vor allen Dingen für Horte. Und dass muss man dann auch offen sagen und erklären, warum ein Rathaus eben derzeit nicht finanzierbar ist. Eine ansteigende Pro-Kopf Verschuldung für unsere Bürgerinnen von ehemals mal um die **400 Euro** auf knapp **unter 10.000 Euro** sollte uns allen eine Mahnung und gleichzeitig eine Aufgabe sein.

Noch kurz einige Anmerkungen zu den Haushaltsbegleitanträgen der anderen Fraktionen.

Nein, wir können der Abgabe des Jugendamtes an die Region nicht folgen. Das Jugendamt, der kurze Weg der Eltern, die Nähe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die schnelle unbürokratische Hilfe, ohne erst etwas mit der Region abklären zu müssen, das sind elementar wichtige Punkte für die Arbeit eines Jugendamtes. Daher werden wir einem solchen Antrag niemals zustimmen.

Wir geben aber auch zu bedenken, dass man dann eben wirklich eine Entscheidung bezüglich, VHS vs Musikschule vs Bücherei treffen müsste. Wobei für uns eine Abgabe der Musikschule als Fundament der musikalischen Erziehung und Bildung, ebenfalls nicht in Frage kommt.

In Wirklichkeit bleibt dann nur noch die Möglichkeit über die Erhöhung der Einnahmen nachzudenken. Aber wollen wir das?

Dem Antrag, dass die Kühlzellenerneuerung im Dorfgemeinschaftshaus Krähenwinkel nach hinten verschoben werden, schließen wir uns an.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.